Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 6

Artikel: Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens : die "Sonntags-Verschwörer" der Frühzeit

Autor: Popescu, Leonida

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076510

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens

Die «Sonntags-Verschwörer» der Frühzeit

Von Leonida Popescu

Der «rumänische Sonderzug» ist in der Politik zum Begriff geworden. Wie früh geriet er auf sein eigenes Geleise? Wie «rot» waren und sind insbesondere die Kommunisten Rumäniens? Unser neuer Fortsetzungsbeitrag befasst sich mit dieser Frage. Leonida Popescu ist das Pseudonym des Verfassers, der dieses Manuskript in Rumänien geschrieben hat. Die Dinge, über die er berichtet, kennt er zum Teil aus eigener Anschauung. Dass die Nationalitätenprobleme vorwiegend aus rumänischer Sicht gewertet erscheinen, ergibt sich aus der Herkunft des Textes.

Rumäniens Kommunisten waren von eh und je das Sorgenkind der kommunistischen Weltbewegung. Vor zwei Jahren wurde in Bukarest die 45. Jahreswende der Gründung der rumänischen KP gefeiert. Es ist jedoch nur eine Legende, dass 1921 eine Partei entstanden wäre. Die Splittergruppe, die damals die Sozialdemokratische Partei verliess — und deren grösster Teil unverzüglich verhaftet wurde —, konnte erst 1932 die Bedingungen erfüllen, welche die Komintern an eine kommunistische Partei stellte. Aber auch später wurde die rumänische KP nie eine revolutionäre Partei im bolschewistischen Sinne des Wortes. Vielleicht hatten es nur Vasile Luca und Ana Pauker ernsthaft versucht, sie zu einer solchen zu machen, aber ihr Versuch scheiterte.

Rumäniens Atmosphäre war zu jenen Zeiten für den Kommunismus äusserst ungünstig.

Rumänien war ein rückständiges Agrarland ohne bedeutende Industrie, also ohne eine nennenswerte Arbeiterklasse.

Die Rumänen — ein romanisches Volk — blickten ständig nach Westen, pflegten stolz die Verwandtschaft mit den Franzosen, verachteten die Russen und hatten wenig Sinn für straffe Disziplin; in der Politik sahen sie nie ein Mittel zur Verwirklichung abstrakter Ideen, sondern handfester Realitäten.

Die Rumänen gehören zu den ältesten Völkern, aber zu den jüngsten Nationen Europas. Nebst einer hauchdünnen Schicht der reichen Grossgrundbesitzer war es ein Volk mühsam arbeitender Bauern, Landarbeiter (bis zur Jahrhundertwende eigentlich noch Leibeigene), Hirten und Bergbewohnern. Aus ihnen wuchs in den letzten 50 Jahren das Bürgertum, die Intelligenzia hervor. Die Väter der heute volljährigen Generation der Bourgeoise waren in überwältigender Mehrheit noch analphabete Bauern, die Grossväter Leibeigene. So ist es eine historische Notwendigkeit, dass in ihrem politischen Bestreben die nationalen, oft nationalistischen Gefühle den Vorrang haben.

Die nationale Einigung

Nach vier Jahrhunderte langer Türkenherrschaft schlossen sich die beiden rumänischen Fürstentümer (die Moldau und Walachei) in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts unter dem Zepter der Hohenzollern-Sigmaringen zu einem kleinen balkanischen Königtum zusammen. Kaum 50 Jahre später — während des Ersten Weltkrieges — erschloss sich ihnen die Möglichkeit, ihre gewagtesten nationalen Träume zu realisieren. Mit ausgezeichnetem politischem Gefühl lösten sie 1916 ihr Bündnis mit den Mittelmächten und traten an der Seite der Alliierten in den Krieg. Zwar wurde ihr Land von den kaiserlichen deutschen Truppen jäh besetzt, als jedoch 1918 die Front zusammenbrach, fiel ihnen der Sieg in den Schoss. Siebenbürgen (wo die nur im Kindersegen reichen rumänischen Bergbewohner und Leibeigene der ungarischen Magnaten schon seit einigen Jahrhunderten die Mehrheit der Bevölkerung bildeten und nebst einer Zahl rumänischer Gutsbesitzer sich im 19. Jahrhundert auch ein national sehr selbstbewusster rumänischer Mittelstand entfaltete) schied aus der österreichisch-ungarischen Monarchie aus und schloss sich Rumänien an. Bessarabien — einst Bestandteil der rumänischen Fürstentümer, aber von den Türken den Russen überlassen — kehrte ins Mutterland zurück. Ausserdem bekam Rumänien noch von der Monarchie Bukowina und von Bulgarien (schon während der Balkankriege 1911—1913) Dobrudscha. Zwar wurde das so entstandene Grossrumänien mit dem schwierigen Problem der nationalen Minderheiten belastet (von den damals 14 Millionen Einwohnern waren etwa 4 Millionen Nichtrumänen; die Hälfte Ungarn, die andere Hälfte Deutsche, Serben, Bulgaren, Türken, Zigeuner, Ukrainer, Russen usw.), jedoch verhiessen die ausgezeichneten wirtschaftlichen Voraussetzungen — grosser Reichtum an Rohstoffe (Erdöl, Holz, Mineralien usw.) und fruchtbarer Boden für die Landwirtschaft — die besten Möglichkeiten für einen nationalen Aufschwung. Die nationale Befriedigung verdrängte die sozialen Probleme.

Sozialismus zuerst via Paris

Es ist bemerkenswert, dass die sozialistischen Ideen zum erstenmal nicht aus dem benachbarten Russland, sondern aus Frankreich in Rumänien eindrangen. Schwärmer der Fourierschen Ideen, Sprösslinge aristokratischer Familien (V. G. Mortun, G. Diamandi u. a.) gründeten im Alten Königtum 1893 die Sozialdemokratische Partei. Jedoch bald sahen sie ein, dass in einem Land ohne Industrie und ohne Proletariat die Sozialdemokratie keinen Boden gewinnen konnte und gingen während und nach dem Ersten Weltkrieg in die Liberale Partei über. Erst im Laufe ihres Rückzuges aus der SDP gewann der unter russischem Einfluss stehende Flügel die Oberhand. (Christian Rakowski, Constantin Dobrogeanu-Ghera — aber diese waren schon keine gebürtigen Rumänen. Der erste war ein Bulgare, der andere ein jüdischer Russe.)

Als 1916—1918 die deutschen Truppen Rumänien besetzten, floh die Leitung der SDP nach Odessa. Nach dem Ausbruch der Oktober-Revolution schloss sich Rakowski den Kommunisten an, verliess die rumänische Partei und geriet in das Spitzengremium der KPdSU, bis er als Anhänger Trotzkis der grossen stalinistischen Säuberung zum Opfer fiel.

Die während der deutschen Besetzung in Bukarest verbliebenen Sozialdemokraten erklärten schon am 8. Juli 1917 die Odessa-Gruppe als illegal, weil sie unter russischem Einfluss stehe. Nach der Gründung der Komintern (März 1919) verweigerte die neuorganisierte rumänische SDP ihren Beitritt. Als im November 1920 die rumänischen Sozialdemokraten zu Verhandlungen nach Moskau geladen wurden, wurden die sechs Delegierten (Alexandru Dobrogeanu-Gheru — Constantins Sohn —, Popovici, Cristescu, Fabian, Rozvàny und Flueras) von Bucharin schärfstens gerügt, weil die SDP mit dem nationalradikalen General Avarescu unlängst ein Wahlbündnis geschlossen hatte, weil sie 1919 der ungarischen Räterepublik keine Hilfe leistete, weil sie keinen Kongress gehalten hatte und sich nicht kommunistisch nannte, schliesslich weil sie nicht gewillt sei, in der Oktober-Revolution den Anfang der Befreiung der Menschheit zu sehen. Die Delegierten verliessen unverrichteterdinge Moskau, willigten jedoch ein, einen Kongress einzuberufen, der über den Eintritt in die 3. Internationale beschliessen sollte.

Komintern als Entscheidungspunkt

Auf einem Hügel Bukarests, Dealul Spirei genannt, in der Nähe des Parlamentsgebäudes, trat am 8. Mai 1921 der Kongress der SDP zusammen, in der heutigen Parteigeschichte als der Gründungskongress der rumänischen KP bezeichnet.

Eine Gruppe der Partei, die «Maximalisten», betrieb schon seit einiger Zeit kommunistische Propaganda, forderte den Anschluss zur 3. Internationale, agierte für eine offene Revolution, für Streiks und Demonstrationen. Zu dieser Gruppe gehörten unter anderen das Ehepaar Marcel und Ana Pauker, Ivanus, I. C. Frimu, Lucretiu Patrascanu. Ihre verantwortungslose Agitation, so zum Beispiel der unvorbereitete Streik und die darauffolgende Demonstration am 13. Dezember 1918, die das Einschreiten der Armee erzwang, wurde von der grossen Mehrheit der Parteimitglieder verurteilt, die keine Revolution wollten und von einer solchen Haltung die weitere legale Tätigkeit der Partei gefährdet sahen. Zu dieser Zeit hatte die Siguranta (Sicherheitsdienst) schon zahlreiche Agenten in die Partei entsandt zur Aufdeckung der in Moskauer Sold stehenden kommunistischen Agitatoren.

Der Kongress selbst war auch vollgestopft mit Agenten der Siguranta. Solche Agenten (wie es Titel Petrescu in seinem Werk «Socialismus in

Romania» schildert), zum Beispiel Russu, Gheorghian und L. Neagu, forderten am schärfsten den Anschluss an die 3. Internationale. Jedoch in den Tagen vom 9. bis 12. Mai liess sich eine immer grösser werdende Mehrheit gegen diesen Gruppenbeschluss erkennen. Aber auch diejenigen machten sich bemerkbar, die für die kommunistische Richtung eintraten. Das eben wollte auch die Siguranta, die am 12. Mai offen auftrat. Polizeitruppen drangen in den Kongress ein und trieben ihn auseinander. Viele wurden verhaftet. Einige «Maximalisten», die der Verhaftung entgingen, trafen sich insgeheim am 13. Mai in einer Wohnung, erklärten, der Kongress hätte den Beitritt zur 3. Internationalen beschlossen und habe den Namen «Sozialistisch-Kommunistische Partei» angenommen. Natürlich hatte die wirkliche SDP davon nie Kenntnis genommen, und von nun an schieden sich die Wege der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Erste Parteileitung um Ehepaar Pauker

Dieser kommunistischen Splittergruppe gelang es erst auf einer Zusammenkunft im Oktober 1922 in Ploesti — in der heutigen Parteigeschichte als 2. Kongress betrachtet — eine Art Parteileitung zu bilden (von den später bekanntgewordenen Persönlichkeiten ist das Ehepaar Pauker zu erwähnen) und ein Parteistatut zusammenzustellen, das jedoch nie veröffentlicht wurde. Erst das am 3. Kongress 1924 angenommene Statut (das bis 1948 gültig blieb) ist bekannt.

Zu dieser Zeit bestand die Partei aus einer Gruppe Bukarester Intellektueller, die sich um das Ehepaar Pauker scharten, sowie aus einigen Gruppen in Bessarabien, Bukowina und Dobrudscha, deren Mitglieder zu den dortigen nationalen Minderheiten gehörten. Die siebenbürgischen Kommunisten — meist Ungarn — schlossen sich erst 1924 der «Partei» an.

Moskau hatte die kommunistische Bewegung in Rumänien der zwanziger Jahre nie ernst genommen, schon weil sie keinen Kontakt zu der Arbeiterklasse fand. Die wiederholten Versuche, den Arbeitern durch die Gewerkschaften näherzukommen, scheiterten. Die kommunistischen Gruppen standen einander in einem dauernden Fraktionskampf gegenüber. Vor allem aber war das Problem der Nationalitäten und neu erworbenen Gebiete ein entscheidendes Hindernis in der Entwicklung der Partei.

Anna Pauker.

Die erste KP-Führung nach der Machtergreifung. Von links nach rechts: Vasile Luca, Teohari Georgescu, Emil Bodnaras.

Wo gehört Bessarabien hin?

Die Komintern befürwortete in jenen Zeiten das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten. In diesem Sinne forderten die bessarabischen und bukowinischen Kommunisten das Abtreten dieser Gebiete an die Sowjetunion. Die rumänischen Kommunisten konnten sich nur mit gewissem Unbehagen dieser Haltung anschliessen. Aber sie taten es. Bessarabiens Lage wurde in den Friedensverhandlungen nicht geregelt. Als im März 1924 in Wien die rumänische und die sowjetische Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen verhandelten, scheiterte eine Vereinbarung eben wegen der bessarabischen Frage. Die rumänischen Kommunisten führten zur Zeit der Verhandlungen eine scharfe Kampagne zur Abtretung Bessarabiens an die Sowjetunion. Das rief natürlich eine gewaltige Empörung in der Bevölkerung hervor und veranlasste die Regierung, die Tätigkeit der Kommunisten in Rumänien zu verbieten (11. April 1924). Unter der Leitung von Petre Borila (heute Mitglied im Exekutivkomitee der RKP) und P. Tcacenko wurde in der Umgebung des bessarabischen Dorfes Tatar-Bunar eine irredentistische Revolte entfesselt, die von den Regierungstruppen blutig zerschlagen wurde. (Die Aktion wurde von dem damaligen Staatssekretär des Innenministeriums, G. Tatarescu, geleitet — der nach 1944 in der kommunistischen Regierung Petru Grozas Vizepremier wurde!)

Am 3. Parteikongress, im September 1924, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es hiess, die Partei unterstütze die Bestrebungen der nationalen Minderheiten in Siebenbürgen, Bessarabien, Bukowina und Dobrudscha «auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Sezession aus dem gegenwärtigen Staat».

Nicht ernst genommen

An diesem Kongress nahmen übrigens zwei Vertreter der Komintern teil, die die Tätigkeit der rumänischen Kommunisten schärfstens kritisieren. Sie warfen den rumänischen Genossen den mangelnden Kontakt zur Arbeiterklasse vor, «ohne den keine kommunistische Partei als eine wirkliche Partei betrachtet werden kann». Die Partei bestehe aus einer Handvoll «Sonntags-Verschwörer», die keine ernste Propaganda im Proletariat führten und auch selbst keine klaren ideologischen Ansichten besässen: «Sie folgen den Richtlinien des 5. Kongresses der Komintern nicht. Insbesondere scheinen einige Genossen die Massen nicht genügend aufgeklärt zu haben, dass im Interesse der Revolution und der wirklichen Unabhängigkeit Rumäniens die nationalen und irredentistischen Bestrebungen der unterjochten nationalen Minderheiten weitgehend unterstützt werden müssen.»

Wie Losowski 1926 an einer Sitzung der 3. Internationale feststellte, hatte Moskau überhaupt kein Vertrauen zu Bukarest. Besonders war man mit der Parteileitung nicht zufrieden, aber mangels besserer Möglichkeiten musste man sich mit den gegenwärtigen Kadern abfinden, «damit es überhaupt eine kommunistische Bewegung in Rumänien gibt».

Am 18. September 1930 verurteilte das politische Sekretariat der Komintern den prinziplosen Fraktionskampf der rumänischen Kommunisten, rügte sie, sie hätten die wirtschaftliche und politische Krise in Rumänien, die steigende Unzu-

Die UdSSR wird als Lieferant der Comeconstaaten immer wichtiger

Die Abhängigkeit im Rohstoff- und Energiesektor

Im Rahmen des Comecon oder Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und ihren Partnerstaaten immer stärker durch das sowjetische Uebergewicht als Rohstoff- und Energielieferant bestimmt. Je mehr sich die osteuropäischen Staaten industrialisieren, desto mehr sind sie auf diesbezügliche Einfuhr angewiesen. Das hat zunächst eine betontere Abhängigkeit von der UdSSR zur Folge. Anderseits ist aber diese Entwicklung für die Sowjetunion deshalb unerfreulich, weil gleichzeitig die Rohstoffpreise gegenüber den Preisen für Industrieprodukte, die als Gegenleistung aus Osteuropa bezogen werden, immer uninteressanter werden. Osteuropa gewinnt durch seine Verarbeitungskapazität in den sowjetischen Reserven in ähnlicher Weise wie die westlichen Industriestaaten an den Reserven der Dritten Welt. Diese anderswo «neokolonialistisch» genannte Situation steht im Gegensatz zur politischen Abhängigkeit von Moskau und bewirkt ein doppeltes Spannungsfeld um die Verteilung von Rohstofförderung und Verarbeitungsindustrie. Deshalb steht die Rolle der UdSSR in der Energie- und Rohstoffversorgung der RGW-Länder gegenwärtig hüben und drüben zur lebhaften Diskussion.

Nach der kommunistischen Machtergreifung wurde in allen sozialistischen Staaten Osteuropas eine beschleunigte Industrialisierung eingeleitet. Auch Länder die bisher einen vorwiegend agrarischen Charakter hatten, wollten in einer relativ kurzen Zeit Industriestaaten werden. Diese neue Entwicklung war vor allem politisch und nicht wirtschaftlich bedingt, denn es fehlten zu ihrer erfolgreichen Verwirklichung nicht nur die entsprechend ausgebildeten Kader, sondern auch die wichtigsten Rohstoffe. Auf Grund der leninschen Thesen über die beschleunigte Entwicklung der Industrie, hatte man in allen diesen Staaten zahlreiche Kombinate und Fabriken errichtet, die ihren Brenn- und Rohstoffbedarf ausschliesslich aus der Sowjetunion decken müssen, da inländische Vorräte nicht vorhanden sind. Dies führte in der Praxis nicht nur zu einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Moskau, sondern bedeutete gleichzeitig auch erhebliche Verpflichtungen für den sowjetischen Partner auf dem Gebiet der Roh- und Brennstofflieferungen. Dazu kommt noch, dass diese letzteren von den Empfängerstaaten vorwiegend durch Maschinenexporte beglichen werden, deren Preise in der letzten Zeit eine steigende, diejenigen der Rohstoffe dagegen eine sinkende Tendenz aufgewiesen haben. Dieser ungünstige Trend hat die UdSSR dazu bewogen, ihre Rohstoffimporteure aufzufordern, sich an der Erschliessung der sowjetischen Rohstoffvorkommen sowohl materiell als auch technisch zu beteiligen, wozu die ersten Schritte bereits getan worden sind.

Die Direktiven von Lenin waren: «Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die maschinelle Grossindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren.» In diesem Sinne hat in allen osteuropäischen Staaten, nach der Machtergreifung der Kommunistischen Parteien, ein beschleunigter Ausbau der Industrie bzw. der Schwerindustrie begonnen, ungeachtet dessen, ob die Vorbedingungen dazu (Energiequellen, Roh- und Brennstoffe) vorhanhen waren oder nicht.

Da die meisten sozialistischen Länder Osteuropas, das heisst die Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), über keine nennenswerte Energie- und Rohstoffressourcen verfügen, müssen sie ihren diesbezüglichen Bedarf fast ausschliesslich aus der Sowjetunion dekken. Damit sicherte sich Moskau automatisch eine Schlüsselposition in der Wirtschaft dieser Länder, deren Industrien ohne die massiven sowjetischen Rohstofflieferungen nicht funktionsfähig sind. Diese überragende Rolle der UdSSR findet auch in den statistischen Daten ihren Niederschlag (siehe Tabelle I).

Wie aus diesen Daten hervorgeht, hat sich die Energie- und Brennstoffproduktion in der UdSSR wesentlich schneller entwickelt als in den übrigen RGW-Staaten. Dies steht vor allem mit der Erschliessung neuer sowjetischer Erdöl- und Kohlevorkommen sowie mit der Errichtung einer ganzen Reihe von Grosskraftwerken in Zusammenhang, mit dem die übrigen osteuropäischen Partner infolge ihrer beschränkten Möglichkeiten nicht Schritt halten konnten.

Ueber den sprunghaften Zuwachs der sowjetischen Rohstofflieferungen in die RGW-Länder (ohne die Mongolische VR) vermittelt die Aussenhandelszeitschrift der DDR, auf Grund der sowjetischen Aussenhandelsstatistik ein eindrückliches Bild (siehe Tabelle II).

Diese Rohstofflieferungen der Sowjetunion wer-

(Fortsetzung von Seite 3)

friedenheit der unterdrückten Werktätigen der nationalen Minderheiten nicht ausgenützt. In Folge ihrer «bürokratischen Methoden» hätten sie nicht nur den Kontakt zur Arbeiterklasse immer noch nicht herstellen können, sondern auch zudem eigene Mitglieder verloren.

Fraktionen mit und ohne Trotzkismus

Der Fraktionskampf überstieg wahrhaftig alle Masse. Die jeweiligen Führungsgremien wurden wegen Rechts- oder Linksabweichnung immer wieder gerügt, abgesetzt oder wieder eingesetzt. Zu den namhaftesten Linksabweichern gehörten Marcel Pauker und Alexandru Dobrogeanu-Ghera. Die Ehe der Paukers scheiterte übrigens, und Ana Pauker wurde für eine Zeit die Lebensgefährtin des Ungarn Elek Köblös, der unter dem Decknamen Badulescu 1924 der Generalsekretär der Partei wurde. (Es war eine Gepflogenheit in der rumänischen Partei — die auch 1944 beibehalten wurde —, den Angehörigen der nationalen Minderheiten einen rumänischen Decknamen zu geben, damit die unproportional grosse führende Rolle der Minderheiten nicht auffalle.)

1928 wurde am 4. Kongress Köblös entlassen, mit ihm auch andere Ungarn (zum Beispiel Körösi-Georgescu, Berger, Müller usw.). Ueberraschenderweise wurden sie bezichtigt, die irredentistische Linie der Komintern verraten zu haben. Statt der Irredenta in Siebenbürgen hätten sie die Idee Rothermeres, den Gedanken eines föderativen Bauern- und Arbeiterstaates im Donaubecken, aufgegriffen. Bezeichnend für die Zustände in der Partei war, dass dieser Kongress unfähig war, ein neues Führungsgremium zu wählen. Die Partei zerfiel in zwei Gruppen. Um Marcel Pauker und A. Dobrogeanu-Ghera bildete sich die Gruppe «Luximin», der hauptsächlich Intellektuelle angehörten. Dieser Gruppe schloss sich auch Vasile Luca an, der nach seiner Ausbootung aus der Partei 1952 beschuldigt wurde, es im Auftrage der Siguranta getan zu haben, um die Zersetzung der Partei zu fördern. Diese starke Gruppe wurde in den dreissiger Jahren als trotzkistische Gruppe entlarvt, Marcel Pauker und A. Dobrogeanu-Ghera, die vor der Siguranta in der Sowjetunion Zuflucht suchten, wurden in den Jahren der grossen Säuberung liquidiert. Der «Luximin»-Gruppe stand die Gruppe «Barbu» gegenüber.

Wenn die Komintern in die Fraktionskämpfe einzugreifen versuchte, stützte sie sich meistens auf die treuen Bessarabier und schlug gleichzeitig auf Links- und Rechtsabweichler los.

Ceausescu und Gheorghiu-Dej treten auf

Erst am 5. Kongress, im Januar 1932, konnte irgendwelche Ordnung zwischen den auseinanderfallenden Gruppen wiederhergestellt werden. Erst an diesem Kongress wurden die ideologischen, politischen und organisatorischen Grundlagen der Partei festgelegt. Ein Zentralkomitee wurde gewählt, in dem neben dem Generalsekretär Foris, auch schon bekannte Namen auftauchten, wie zum Beispiel Josif Chisinewski, Vasile Luca, Lucretiu Patrascanu, Mihai Roller, Leonte Rautu usw. Ana Pauker schloss sich, nach einem sechsjährigen Aufenthalt in Moskau, 1934 dem ZK an. Bei den Führern der Jugend taucht der Name Nicolae Ceausescu und Alexandru Barladeanu auf. Es wurde beschlossen, die Unzufriedenheit, die infolge der weltweiten Wirtschaftskrise auch Rumänien erreichte, in der Arbeiterklasse besser auszunützen.

Der am 2. Februar 1933 ausgebrochene allgemeine Streik der Eisenbahnarbeiter bot dazu eine gute Gelegenheit. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und verhaftete den Generalsekretär des Nationalen Aktionskomitees der Eisenbahner, Gheorge Gheorghiu-Dej. Am nächsten Tag, dem 5. Februar, erstürmten die Eisenbahner die Geschäfte im Arbeiterviertel Grivita. Die Armee griff ein und brach nach zehntägigen blutigen Kämpfen den Aufstand. Obwohl von den Kommunisten Doncea und Vasilichi den «Hauptverdienst» an der Revolte von Grivita hatten (sie waren auch die populärsten unter den Eisenbahnern), wurde später Gheorghiu-Dej zum Helden von Grivita erkoren (ungeachtet dessen, dass er noch vor dem Ausbruch der Kämpfe verhaftet wurde).

Infolge der Ereignisse in Grivita wurde der wesentliche Teil der Parteileitung verhaftet und verurteilt.

(Fortsetzung folgt)